

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Manfred Ach, Henning Kaul, Peter Winter, Manfred Christ, Berthold R uth, Barbara Stamm, Prof. Dr. Walter Eykmann, Gerhard Eck, Dr. Otto H nnerkopf, Robert Kiesel, Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger, Dr. Bernd Weiß** und **Fraktion CSU**

Veräußerung des staatlichen Gesellschaftsanteils an der Kahlgrundverkehrs-gesellschaft zu adäquaten Bedingungen sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Verfahrens zur Veräußerung des staatlichen Gesellschaftsanteils an der Kahlgrundverkehrs-gesellschaft:

- regionalen Bietergemeinschaften die Teilnahme am Ver u erungsver-fahren zu ermöglichen;
- vor Einleitung eines Wettbewerbsverfahrens die rechtliche Zulässigkeit und gegebenenfalls zu beachtende Rahmenbedingungen einer direkten Veräußerung auf der Grundlage geeigneter Wertermittlungsverfahren an ein Bieterkonsortium unter Leitung des Landkreises Aschaffenburg gut-achterlich zu prüfen und, soweit rechtlich zulässig, mit diesem über eine direkte Übernahme zu verhandeln;
- mit einem Erwerber befristete und hinreichend sanktionierte Sicher-stellungen zu Gunsten des Unternehmensstandorts, der Arbeitnehmer und der Kapitalerhaltung unter Berücksichtigung der notwendigen unterneh-merischen Gestaltungsspielräume zu vereinbaren;
- den Erhalt des Erschlie ungsauftrags für die Gemeinden im Kahlgrund im Rahmen eines funktionsfähigen ÖPNV-Netzes im Gesamttraum Aschaffenburg zu berücksichtigen.

Begründung:

Bei der Kahlgrundverkehrsgesellschaft (KVG) handelt es sich um ein stark in der Region verankertes Unternehmen, das im Auftrag der Träger des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere im Busbereich wesentlich zur Nahverkehrserschlie ung des Raumes Aschaffenburg, Sch llkrippen beiträgt. Eine Veräußerung des staatlichen Anteils an der KVG an ein Bieterkonsortium aus regionalen Unternehmen unter Leitung des Landkreises als Träger des öffentlichen Personennahverkehrs wäre daher vorzugswürdig. Zur Erfüllung rechtlicher Vorgaben, insbesondere des Europarechts, beabsichtigt die Staatsregierung die Veräußerung im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens durchzuführen. Im Interesse einer vorzugsw rdigen regionalen Lösung sollte vor Einleitung eines solchen Wettbewerbsverfahrens durch ein Gutachten die Möglichkeit einer direkten Veräußerung an ein regionales Bieterkonsortium sowie die zu beachtenden Rahmenbedingungen geprüft werden. Soweit eine direkte Veräußerung möglich ist, soll dann zunächst mit dem regionalen Konsortium unter Leitung des Landkreises über eine Übernahme verhandelt werden. Unabhängig davon ist durch geeignete vertragliche Vereinbarungen ein vertraglicher Übergang sicherzustellen.